

25 Jahre deutsche Einheit – ist das Wirtschafts- und Sozialmodell der vereinigten Bundesrepublik zukunftsfähig?

Die Integration und Situation der ostdeutschen Wirtschaft bezeichnen einige als großen Erfolg, andere reden von vollkommenem Scheitern. Dabei kommt es auf die Perspektive an, die die Maßstäbe des Urteilens bestimmt. Die wirtschaftliche Situation der letzten DDR-Jahre war durch marode Produktionsstätten, eine heruntergewirtschaftete Infrastruktur, nicht nachhaltige Produktionskonzepte und wachsende Defizite und Abstände bei Innovationen und Modernität der Produktionsanlagen gekennzeichnet. Die hohe soziale Sicherheit und das Fehlen von Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit wurden zu Lasten der Reproduktion des Kapitalstocks und der Infrastruktur erkauft, Nachhaltigkeit und Umwelt blieben auf der Strecke. Aus dieser Perspektive sind die wirtschaftliche Lage und die soziale Situation der Bevölkerung in weiten Teilen Ostdeutschlands heute deutlich besser, aber nicht überall und nicht für alle sozialen Schichten.

Man kann aber auch andere Perspektiven und Maßstäbe wählen. Ein differenzierteres Bild ergibt sich, wenn man die bei der Vereinigung gesetzten Ziele zum Maßstab nimmt, die Ziele, die die ostdeutsche Bevölkerung in der übergroßen Mehrheit artikulierte, die Ziele, die die westdeutsche Bevölkerung bereit war, mehrheitlich zu akzeptieren und die die Wirtschafts- und Politikeliten offiziell verkündeten: Angleichung der Lebensverhältnisse durch einen investiven Anschlag, der nach einer gewissen Zeit zu einem selbsttragenden Aufschwung führen wird. Es ging um eine Wirtschaft, die so sein sollte, wie die westdeutsche, die das gleiche Niveau an Einkommen erreichen sollte und die sich selbst trägt.

Tabelle: Ökonomische Indikatoren für Ostdeutschland (ohne Berlin) 1989 bis 2013

	1989	1991	2000	2008	2013
Bevölkerung in Millionen	15,2	14,4	13,9	13,1	12,7
Anteil an Deutschland in %	19,2	19,0	16,9	16,0	15,5
Erwerbstätige in Millionen	8,9	6,8	5,9	5,8	5,8
Anteil an Deutschland in %	22,7	17,6	15,1	14,4	13,7
BIP, jeweilige Preise, Mrd. €	187,2	107,3	234,6	289,1	300,1
Anteil an Deutschland in %	11,6	7,0	11,4	11,6	11,0
Arbeitsproduktivität (BIP je Erwerbstätigen) in 1.000 €	21,1	15,8	39,7	50,0	51,7
Relation NBL/ABL in %	44,2	34,9	71,9	77,6	76,1
BIP je Einwohner in 1.000 €	12,2	7,3	16,9	22,1	23,6
Relation NBL/ABL in %	54,9	33,3	62,6	68,4	66,6
Investitionen in neue Aus-rüstungen je Einwohner in €	-	1.300	2.300	2.130	2.150*
Relation NBL/ABL in %	-	0,53	0,88	0,67	0,73

* 2011. Quelle: StBA; Arbeitskreis VGRdL; Heske 2005; BMWi 2014; Berechnungen von Ulrich Busch (2015).

Die Tabelle zeigt den Verlauf des Aufholens anhand wichtiger Indikatoren. Der anfängliche Einbruch in den ersten Jahren, ausgelöst durch die infolge der Währungsunion eingetretenen Kostensteigerungen, führte zu dramatischen Beschäftigungsverlusten und dem Verschwinden vieler Betriebe. Aber schon Mitte der 1990er Jahre erreichte die Produktion wieder das Niveau von 1989, allerdings bei höherer Produktivität und daher mit deutlich geringeren Beschäftigtenzahlen.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gab es echte Aufholeffekte, aber seit den 2000er Jahren muss man eine anhaltende Wachstumsschwäche konstatieren. Ostdeutschland holt nicht mehr auf, d.h. der Abstand zu Westdeutschland bleibt erhalten. Der Anteil am gesamtdeutschen BIP stagniert, die Produktivität verharrt bei etwa 75 % des westdeutschen Niveaus, die Investitionen, bezogen auf die Einwohnerzahl, machen nur noch 73 % der westdeutschen aus. Diese Abstände haben sich offensichtlich verfestigt.

Das strukturelle Defizit und die daraus resultierende geringere Produktivität im Durchschnitt aller ostdeutschen Regionen kann im Rahmen einer Volkswirtschaft und des Verfassungsgebots gleichwertiger Lebensverhältnisse nur teilweise durch geringere Einkommen kompensiert werden. Die Einkommen sind mit 85 % zwar immer noch deutlich unter dem westdeutschen Niveau, aber der Produktivitätsrückstand ist mit nur ca. 75 % des westdeutschen Produktivitätsniveaus noch größer. Der daraus resultierende Nachfrageüberhang bzw. die Produktionslücke, die Differenz zwischen Produktion und Verbrauch, betrug in der Vereinigungskrise (1991) dramatische 73 %. Sie hat sich inzwischen auf knapp 20 % (2011) stabilisiert – auch dieser Wert wird sich in den kommenden Jahren nur wenig verändern.

Die Lücke zwischen Produktion und Verbrauch muss durch einen innerdeutschen *Warenstrom* von West nach Ost geschlossen und durch private und öffentliche *Transfers* finanziert werden: durch die Einkommenstransfers der Pendler, die Leistungen im Westen erbringen, dort Steuern und Abgaben zahlen, aber einen Teil ihres Einkommens im Osten ausgeben, durch die Transfers der Renten- und der anderen Sozialkassen und durch andere öffentliche Transfers, z.B. den Länderfinanzausgleich.

Dabei spielen investive West-Ost-Transfers (private Investitionen und Wirtschaftsförderung) nur noch eine geringe Rolle, der überwiegende Teil ist konsumtiv. Seit etwa 2001 ist die Summe der Transfers von West nach Ost größer als die zu finanzierende Produktionslücke. Die Differenz kann nur durch private Transfers von Ost nach West erklärt werden. Dabei dürfte es sich überwiegend um Kapitaltransfers westdeutscher Eigentümer handeln, beispielsweise um Rückflüsse aus den Investitionen der 1990er Jahre, Transfers von Gewinnen, Mieten, Pachten und anderen Erträgen (vgl. Busch, Land 2013: 194ff). Diese Transfers dürften die investiven Transfers nach Ostdeutschland – Investitionen privater Anleger plus Wirtschaftsförderung – inzwischen deutlich übersteigen. Dies aber ist typisch für abgehangene und unterentwickelte Regionen: bestimmte Ressourcen werden von externen Investoren genutzt, aber die später daraus fließenden Gewinne werden nicht regional reinvestiert, sondern fließen ab. Eine selbsttragende Dynamik kommt so nicht zustande, die sozial gefährdeten Bevölkerungsteile und die öffentliche Infrastruktur müssen weiter durch externe Transfers gestützt werden.

Ostdeutschland ist trotz wachsender Erträge dauerhaft auf Transfers angewiesen, weil es auf dem eingeschlagenen Entwicklungspfad nicht gelingen kann, den Produktivitätsabstand und die Produktionslücke zu schließen. Dies würde sich dann ändern, wenn die Karten im Rahmen eines tiefen Strukturumbruchs neu gemischt würden. Im Rahmen eines weitreichenden ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft würden bei der Umstellung auf Erneuerbare Energien, umweltkompatible Rohstoffe und Verfahren und geschlossene Stoffkreisläufe neue Branchen und Unternehmen entstehen, während alte verschwinden bzw. stark schrumpfen. Wenn es den ostdeutschen Akteuren in einem solchen Umbruchsszenario gelänge, bei einigen relevanten Entwicklungen die Nase vorn zu haben und innovative Schlüsselpositionen aufzubauen, könnte es gelingen, eigene selbsttragende Entwick-

lungen in Gang zu setzen. Damit könnten ostdeutsche Regionen den interregionalen Export neuer Produkte und Leistungen anheben und so die Produktionslücke schließen. Das ist nicht grundsätzlich unmöglich – auch Bayern wurde aus einem Transferempfänger zu einem Transfergeber. Allerdings ist dies nicht möglich, solange Entwicklung durch das Kopieren bereits gegebener Wirtschaftsstrukturen erfolgt, es könnte nur im Rahmen des Wechsels auf einen anderen Entwicklungspfad gelingen.

Tatsächlich hat es den Versuch gegeben, mit dezentralen erneuerbaren Energien lokal eine eigene wirtschaftliche Dynamik zu generieren. Ostdeutschland, speziell Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg Vorpommern sind neben Schleswig-Holstein die Länder, die bereits mehr als die Hälfte des Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugen, überwiegend aus Windkraft. Man könnte denken, dass diese *neu* entstehende Branche Ausgangspunkt selbsttragender Entwicklungen hätte werden können. Die (Bio)EnergieDorf-Bewegung in Mecklenburg-Vorpommern hatte in ihren besten Zeiten die Vorstellung, man könne mit dezentralen Erneuerbaren Energien und dem darauf aufbauenden Stoffstrommanagement eine eigenständige wirtschaftliche Dynamik generieren und den ländlichen Raum schrittweise aus den Abwärtsspiralen und der Transferabhängigkeit herausführen. Inzwischen aber wurde die Energiewende so reorganisiert, dass die großen Energiekonzerne das Sagen haben. Für einen strukturellen Umbruch und einen Investitionsboom, der dem Osten neue Chancen eröffnen würde, besteht auf absehbare Zeit keine Hoffnung.

Aktuelle Untersuchungen, z.B. von Busch (2015), Ludwig (2015) und Simons (2009), zeigen aus heutiger Sicht, was schon Anfang der 1990er Jahre prognostiziert und seitdem mehrfach unterstrichen wurde: die Verfestigung des Abstands ist eine Folge des eingeschlagenen Transformationspfades: eines Konzepts, dessen Kern die Kopie nicht nur des Wirtschafts- und Sozialmodells und der institutionellen Regulation, sondern auch der Wirtschafts- und Branchenstrukturen war – mit exakt denselben Innovationspfaden, denselben Produkten, den gleichen Unternehmen bzw. deren ostdeutschen Filialen (vgl. Land 1992, 2003, 2006, 2013). Durch Kopieren kann man sich bestenfalls dem Niveau des Originals annähern, einholen oder überholen setzt dagegen einen eigenen, *komplementären* Entwicklungspfad voraus, also die Entwicklung und Produktion von Gütern oder Leistungen, die in anderen Regionen nicht oder nicht so effizient hergestellt werden können. Inzwischen weiß man, dass Transferzahlungen, insbesondere wenn es sich überwiegend um konsumtive Sozialtransfers handelt, ein wirtschaftliches Ungleichgewicht zwar kompensieren, es zugleich aber verfestigen. Ein transferfinanziertes Aufholen stärkt dauerhaft die wirtschaftlichen Potenziale des Transfergebers, nicht die des Transferempfängers. Die Bilanz lautet also: *Aufholen, ohne einzuholen* (Busch 2015).

Ein besonderes Problem der wirtschaftlichen Entwicklung ist das der *Fragmentierung*. Entscheidend dafür ist nicht nur das empirische Merkmal: *zunehmende* Disparität, Divergenz, Segregation – wichtig ist, den *Mechanismus* der Fragmentierung zu verstehen. Es handelt sich dabei nicht einfach um zufällig zunehmende Unterschiede. Fragmentierung meint die selektive Herauslösung wirtschaftlicher Ressourcen aus ihrem lokalen oder regionalen Zusammenhang und ihre Integration in überregionale, ggf. globale Netzwerke und Kreisläufe. Die Innovationspotenziale, das Kapital und das Management, die für die Erschließung und Nutzung der jeweiligen Ressourcen aufgebaut werden müssen, stammen nicht aus der betroffenen Region und die Steuerungszentralen der Unternehmen und Netzwerke liegen in der Regel nicht am Standort der jeweiligen Ressourcen. Die Konsequenz ist, dass die Regionen, die Bevölkerung und die lokale Wirtschaft kaum oder gar nicht an der Nutzung dieser Ressourcen beteiligt sind, die Erlöse ganz oder teilweise anderswo anfallen und faktisch ein Ressourcen- und Gewinntransfer zu Gunsten der Kapitalgeber und der Akteure der globalen Netzwerke in den Metropolen und den Global Cities erfolgt. Das größte Problem ist, dass fragmentiert genutzte Ressourcen nicht oder kaum zu Anschlussentwicklungen führen, also nicht zu einer dauerhaften Dynamik beitragen.

Fragmentierung betrifft nicht nur Ostdeutschland, sondern alle Regime wirtschaftlicher Entwicklung im globalisierten Finanzmarktkapitalismus. Es trifft aber besonders solche Regionen und Volkswirtschaften, die neue Ressourcen erschließen müssen oder wollen, weil sie Nachhol- und Modernisierungsbedarf haben, dafür aber selbst nicht das notwendige Kapital, die erforderliche Innovations- oder Managementkompetenzen oder die überregionale Vernetzung haben.¹

Das Problem ist gut zu verstehen, wenn man es mit dem klassischen Fall einer fordistischen Clusterbildung vergleicht, wie sie in früheren Industrialisierungswellen, insbesondere im Aufschwung nach dem 2. Weltkrieg zu beobachten war. Dort erfolgte der Aufstieg einer Region durch Nutzung eines neuen Paradigmas – der fordistischen Massenproduktion – durch das Wachstum von wenigen Großbetrieben, beispielsweise einem Autohersteller, und eine Clusterbildung, zu der einerseits eine Vielzahl von kleinen, mittleren und größeren Zuliefer- und Dienstleistungsunternehmen gehörte, die unmittelbar oder mittelbar mit dem Großbetrieb vernetzt waren, und andererseits eine Vielzahl von kleineren und größeren Unternehmen regionaler oder auch überregionaler Struktur, die die Güter und Dienstleistungen für die Beschäftigten des gesamten Clusters herstellten, deren Konsum und die Infrastruktur sicherstellten. Zu einem solchen Cluster gehörten auch wissenschaftliche Einrichtungen, Forschungs- und Entwicklungszentren, Unternehmensberatungen usw. Durch die Kopplung der Einkommen an die Produktivität wuchsen nicht nur die Nachfrage nach wichtigen Produkten, die der Cluster für den interregionalen Export herstellte; es wuchs auch der gesamte Zuliefer- und Dienstleistungsbereich und die die Konsumnachfrage bedienende lokale Wirtschaft. Die Dynamiken der verschiedenen Teile des Clusters verstärkten sich, es gab Synergieeffekte.

Das Regime wirtschaftlicher Entwicklung im globalisierten Finanzmarktkapitalismus unterscheidet sich hiervon grundsätzlich. Dabei geht es nicht nur um die Globalisierung, es geht um die *überregionale* Verfasstheit der Produktions- und Innovationsnetzwerke überhaupt. Das erste Beispiel für diesen Entwicklungstyp konnten wir am Wandel der Agrarwirtschaft in Ostdeutschland studieren (Land, Willisch 2002, Land 2005). Die ostdeutsche Landwirtschaft ist hochproduktiv und macht gute Gewinne, weil sie sich in den 1990er Jahren aus den lokalen Landwirtschaftsclustern entbettet und in die Netzwerke der globalisierten Lebensmittelwirtschaft integriert hat. Sie hat damit feste Absatzmärkte, nutzt das überregional verankerte Innovations-, Marketing- und Managementpotenzial und produziert vor Ort zu minimalen Kosten Produkte, die anderswo weiterverarbeitet und abgesetzt werden. Die Wertschöpfungsketten sind sehr kurz, aber äußerst effektiv. Die Kehrseite ist ein drastisch reduzierter Arbeitskräftebedarf. Der größte Teil der Gewinne fällt bei wenigen Betrieben vor Ort und eben in den *überregionalen* Lebensmittelnetzwerken an, landet letztlich in deren Steuerungszentralen irgendwo auf der Welt. Für die regionale Wirtschaftsentwicklung in den ländlichen Räumen Ostdeutschlands ist diese Landwirtschaft fast bedeutungslos, sie trägt kaum zu den Einkommen und Investitionen bei und indiziert kaum Folgeentwicklungen im Verarbeitungsbereich oder bei den Vorleistungen.

Ganz analoge Fragmentierungen sind beim Aufbau der Erneuerbaren Energien zu beobachten, vor allem bei den großen Windparks. Auch hier wird eine Ressource, die Fläche, die zum Ernten der Windenergie benötigt wird, aus dem lokalen Zusammenhang herausgelöst und in das Netzwerk der Energiewirtschaft integriert, ohne dass die Bevölkerung vor Ort daran beteiligt wäre. Nur wenige profitieren von Flächenpachten, aber auch die Flächen werden zunehmend von überregionalen Akteuren, Fonds, Unternehmen oder Anlegern, erworben. Und die Gewerbesteuern werden durch entsprechende Gestaltung der Planungskosten und den „verlustreichen“ Weiterverkauf der Anlagen, wenn sie in die Gewinnzone kommen, weitgehend vermieden. Auch die Windenergie ist daher ein

¹ Das Konzept der Fragmentierung wurde nicht zufällig zuerst für Entwicklungsländer im Zeitalter der Globalisierung von Fred Scholz entwickelt, (vgl. Scholz 2000 und 2012), unabhängig davon für Ostdeutschland in Land (2003).

Beispiel fragmentierter Wirtschaftsentwicklung, ein Vehikel der Ausbeutung peripher gelegener Ressourcen durch überregional aufgestellte Verwertungsnetzwerke.

Der mit der deutschen Vereinigung verbundene Umbau der Wirtschaft im Osten fiel nun gerade in die Zeit des Übergangs zu diesem neuen Regime wirtschaftlicher Entwicklung. Der partielle Abbau der alten staatssozialistisch-fordistischen Wirtschaftsstrukturen und der Neuaufbau unter Regie westdeutscher Unternehmen und global aufgestellter Investoren hatte zwangsläufig zur Folge, dass Filialstrukturen dominieren, Forschungs- und Entwicklungspotenziale aus dem Westen genutzt und im Osten abgebaut oder nicht aufgebaut wurden. Betriebe wurden aufgekauft, um die Kunden zu übernehmen, die Produktion aber wurde eingestellt oder reduziert und auf Zulieferungen umgestellt. Die Konzernzentralen blieben im Westen, die Betriebe sind im Mittel deutlich kleiner. Neu zu erschließende oder aufzubauende Ressourcen wurden von vornherein in die Netzwerke der Großunternehmen eingeordnet. Die Fragmentierung war eine notwendige Folge des Um- und Neuaufbaus unter den inzwischen herrschenden Bedingungen der Globalisierung und Finanzialisierung.

Die *demographische Schrumpfung* ist eine gravierende Folge der fragmentierten wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland. Wirtschaftliche und demographische Tendenzen kombinieren und verfestigen sich zu Abwärtsspiralen – dies kennzeichnet die Mehrzahl der ostdeutschen Regionen. Die entscheidenden Punkte sind Abwanderung, Selektivität der Abwanderung und Rückgang der Geburten, letzteres selbst überwiegend eine Folge der Abwanderung junger Frauen. Die Bevölkerung in den neuen Bundesländern ist bislang um fast 20 % geschrumpft, prognostiziert sind fast 40 % bis 2050. Noch dramatischer ist die Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung durch die *Selektivität* der Abwanderung: vor allem wandern erfolgsorientierte junge Erwachsene mit guten Erwerbssaussichten ab, darunter überdurchschnittlich viele Frauen.

Diese Abwanderungseffekte sind extrem ungleich verteilt. Während auch in Ostdeutschland einige Regionen prosperieren und wachsen, verlieren andere große Teile der erwerbsfähigen Bevölkerung, zuweilen fast die gesamte *aktive* junge Erwerbsgeneration. Zurück bleibt die *nicht abwanderungsfähige* und *-willige Restbevölkerung* – in der Regel jene, die wenig in einen selbsttragenden Aufschwung einzubringen haben. Dies wiederum führt zu Fachkräftemangel und zum Wegzug von Betrieben, sinkenden lokalen Einkommen, sinkender Nachfrage, weiterer Abwanderung usw. usf. Derart verödete Städte und Dörfer finden man schon jetzt in Ostvorpommern und Nordbrandenburg.

Die Fragmentierung besteht vor allem darin, dass die Regionen sich gegensätzlich entwickeln. Beispielsweise sind Jena, Dresden, Potsdam und Leipzig prosperierende Standorte, denen abgehängte Regionen mit Abwärtsspiralen gegenüberstehen, z.B. in Vorpommern, Sachsen-Anhalt oder der Lausitz, um nur einige zu nennen. Im Osten überwiegen Regionen mit Abwärtsentwicklungen, während diese im Westen (noch?) in der Minderheit sind.

Auch innerhalb eines insgesamt wirtschaftlich schwachen Bundeslandes wie Mecklenburg-Vorpommern beobachten wir Fragmentierungen. So weisen Rostock, Schwerin, Güstrow oder Greifswald durchaus eine positive wirtschaftliche Dynamik auf, aber weniger als 100 km entfernt finden sich Städte und Dörfer ohne jede selbsttragende Wirtschaft, die zum Teil vollständig von Transfers abhängen. Die Landesregierung in Schwerin hat dafür die Kategorie „Ländliche Räume mit besonderen demographischen Herausforderungen“ eingeführt, wobei die Abwärtsspiralen in diesen Regionen durch die Kombination wirtschaftlicher und demographischer Komponenten erklärt werden müssen. Eine unterkritische Einwohnerdichte stellt die Tragfähigkeit der Infrastruktur in Frage, die Bevölkerung sinkt, der Frauenanteil liegt deutlich unter, der Seniorenanteil über dem Durchschnitt, die Kaufkraft der Bevölkerung und der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter gehen weiter zurück.

Soziale Fragmentierung zeigt sich vor allem daran, dass die Teilhabechancen verschiedener Bevölkerungsteile, also Einkommen, Beschäftigungsmöglichkeiten, Zugang zu Bildung, Infrastruktur usw., sich in gegensätzlicher Richtung entwickeln. Bei stagnierendem Durchschnittseinkommen gibt es auch lokal steigende Einkommen und wachsende Teilhabemöglichkeiten auf der einen Seite, während große Teile der Bevölkerung sinkende Einkommen und sich verschlechternde Lebensbedingungen hinnehmen müssen. Der bis in die 1970er Jahre geltende „Fahrstuhleffekt“ – die unteren Einkommen steigen genauso oder sogar stärker als die oberen Einkommen – gilt nicht mehr, stattdessen ist eine sich öffnende Schere ein typisches Merkmal. *Überflüssige* sind eine neue Kategorie des sozialen Abstiegs, die direkt aus der sozialen Segregation und Fragmentierung folgt.

Fazit

Die deutsche Einheit hat die gravierenden Probleme der DDR-Wirtschaft beseitigt, aber die Ziele, einen selbsttragenden Aufschwung und gleichwertige Lebensverhältnisse, nicht erreicht. Es gibt auch keinen Grund anzunehmen, dass dies auf dem einmal eingeschlagenen Pfad in den nächsten Jahren gelingen könnte, vielmehr spricht alles dafür, dass sich der derzeitige Abstand weiter verfestigt. Insofern ist das Ergebnis zwiespältig.

Fragt man, ob das Wirtschaftsmodell der vereinigten Bundesrepublik insgesamt nachhaltig funktionsfähig und den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist, fällt die Antwort noch ungünstiger aus. Der Erfolg basiert auf Exportüberschüssen, die durch einen wachsenden Billiglohnssektor, durch Lohndumping und Verschuldung des Auslands erkaufte wurden, erzielt mit in der Masse nicht nachhaltig produzierten Exportgütern. Die Möglichkeit, wirtschaftliche Erfolge durch Außenhandelsüberschüsse zu erreichen und Arbeitslosigkeit zu exportieren, ist durch die Grenzen der Verschuldung ausländischer Käufer deutscher Produkte begrenzt, ebenso durch die Aufnahmefähigkeit der Finanzmärkte für die daraus abgeleiteten Schuldtitel und die Leidensfähigkeit der Bevölkerung in den Defizitländern.

Die Umstellung auf ökologische Industrie, Landwirtschaft, Infrastruktur und Konsum ist, kaum begonnen, wieder zurückgedreht worden. Regionale und soziale Disparität und Segregation wachsen, der Anteil armer und auf Sozialtransfers angewiesener Menschen steigt, während sich ein Teil der Unternehmen und der Oberschicht so dumm und dusselig verdient haben, dass sie über einen Wandel nicht mehr nachdenken können. Selbst die Energiewende, die anfangs als der Auftakt zu einer zukunftsfähigen Erneuerung der Industriegesellschaft erscheinen konnte, wird derzeit den Energiekonzernen als Beute, als Abfindung für den Ausstieg aus der Kernenergie, vorgeworfen.

Neoliberalismus, Sozialabbau und „Reformen“ haben die vereinte Bundesrepublik in Bezug auf ihr wirtschaftliches Regulationssystem weniger zukunftsfähig werden lassen, als sie es 1989 noch war. Daran ist zwar nicht Ostdeutschland schuld, aber Ostdeutschland ist Teil dieser Degeneration des Teilhabekapitalismus. Und die Verwerfungen im sozialen, ökologischen und wirtschaftsregulatorischen Bereich sind hier gravierender als im Westen. Nimmt man den notwendigen Umbruch zu einer innovativen, ökologisch und sozial nachhaltigen Wirtschaftsweise zum Maßstab – eine Perspektive, die zumindest gedanklich auch 1990 schon zur Debatte stand und die durch die deutsche Vereinigung einen besonderen Schub hätte bekommen können – dann muss man von einem Scheitern reden.

Quellen der Daten soweit nicht anders angegeben: Busch (2015). Ich danke Ulrich Busch für Hinweise und die Möglichkeit, Daten aus seiner Publikation zu nutzen.

Literatur:

Ulrich Busch (2015): Ostdeutschland: Aufholen, ohne einzuholen. In: Busch/Thomas: 25 Jahre Deutsche Einheit. Facetten einer unvollendeten Integration, trafo-Verlag Berlin 2015 (im Ersch.).

Ulrich Busch, Rainer Land (2013): Teilhabekapitalismus. Aufstieg und Niedergang eines Regimes wirtschaftlicher Entwicklung am Fall Deutschland 1950 bis 2010. Ein Arbeitsbuch. BoD – Books on Demand, Norderstedt. Insbesondere Kapitel 3: Ostdeutschland: Vom staatssozialistischen Fordismus der DDR zur ostdeutschen Transfergesellschaft.

Ulrich Busch, Rainer Land (2012): Kapitel 5: Ostdeutschland. In: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Teilhabe im Umbruch. Zweiter Bericht. VS Verlag 2012. S. 153-183.

Rainer Land (2013): East Germany 1989–2010: A Fragmented Development. In: Konrad Jarausch (Ed.): United Germany. Debating processes and prospects. Berghahn Books Oxford, New York 2013, S. 104-118.

Rainer Land (Hg.) (2006): Zur Lage in Ostdeutschland. Bericht des Netzwerkes und Innovationsverbundes Ostdeutschlandforschung. In: Berliner Debatte INITIAL 5/2006

Rainer Land (2005): Die neue Landwirtschaft und die Dörfer. Gibt es noch Chancen für die ländliche Entwicklung? Vortrag am 16./17.03.05 in Potsdam-Michendorf. In: Mobiles Beratungsteam – Tolerautes Brandenburg (Hg.): Hightechlandwirtschaft und sterbende Dörfer – Chancen und Probleme der Zivilgesellschaft in den ländlichen Räumen Ostdeutschlands. Dokumentation der Fachtagung. www.rla-texte.de.

Rainer Land (2003): Ostdeutschland – fragmentierte Entwicklung. In: Berliner Debatte Initial 6/2003.

Land, Rainer (1992): Es gibt keine einfache Lösung. Die Umgestaltung der ostdeutschen Industrie im Kontext der globalen Krise moderner Wirtschafts- und Lebensweise. In: Schulz, Werner; Volmer, Ludger: Entwickeln statt abwickeln. Wirtschaftspolitische und ökologische Konzepte für die fünf neuen Länder. Ch. Links Verlag, Berlin 1992.

Rainer Land, Andreas Willisch (2002): Transformation des Produktionsmodells der Agrarwirtschaft (Ostdeutschland und Polen). Die Anwendung eines industriesoziologischen Konzepts in der Agrarsoziologie. In: Hinners-Tobrägel, Ludger (Hrsg.): Tagung Landwirtschaftliche Unternehmen in der Transformation, Halle, Saale. Wiss.-Verl. Vauk, Kiel.

Ludwig, Udo (2015): Der unvollendete Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft. Gesamtwirtschaftliche Befunde. In: Berliner Debatte Initial 2/2015.

Benjamin Nölting, Michael Thomas, Rainer Land (2011): Energie im Osten. Die Energiewende als Chance In: Keppler, Nölting, Schröder (Hrsg.): Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs. Verlag Peter Lang 2011.

Fred Scholz: Fragmentierung – Realität der Globalisierung. In: Berliner Debatte Initial 1/2012.

Fred Scholz (2000): Perspektiven des Südens im Zeitalter der Globalisierung. In: Geogr. Ztschr. 88, 1.

Harald Simons (2009): Transfers und Wirtschaftswachstum. Theorie und Empirie am Beispiel Ostdeutschlands. Marburg.